



Interviews

Datum: 02. Oktober 2023

Jana Hensel im Gespräch mit Dirk-Oliver Heckmann

Dirk-Oliver Heckmann: Morgen ist der 3. Oktober, da wird die Vereinigung der beiden deutschen Staaten gefeiert. 33 Jahre ist es mittlerweile her, das wiedervereinigte Deutschland hat seine Jugendjahre lange hinter sich und es verändert sich. Der Bericht zur deutschen Einheit hat trotz weiter erheblicher Lücken ein Aufholen bei den Verdiensten in Ost und West festgestellt, wiewohl in den Bereichen Vermögen und Erbschaften der Osten weiter hinterherhinkt. Gleichzeitig hat sich die politische Stimmung in Deutschland erheblich verschlechtert. Der Deutschlandtrend von Infratest-Dimap belegt, die Unzufriedenheit mit der Ampel-Koalition ist auf einem historischen Tiefstand. Die Überzeugung, dass die Demokratie in Deutschland gut funktioniert, erodiert. Erstmals in ganz Deutschland ist eine Mehrheit der Meinung, dass sie hierzulande nicht oder nicht gut funktioniert, und das nicht länger mehr nur in Ostdeutschland. Die AfD erlebt einen ungeahnten Höhenflug und gemeinsame Abstimmungen mit ihr sind für die CDU faktisch nicht mehr ausgeschlossen.

Darüber kann ich jetzt mit der Autorin, Journalistin und Publizistin Jana Hensel sprechen, bekannt vor allem durch ihr Buch „Zonenkinder“ aus dem Jahr 2002. Schönen guten Morgen, Frau Hensel.

Jana Hensel: Ich grüße Sie! – Guten Morgen!

Heckmann: Frau Hensel, morgen werden in Hamburg die Feierlichkeiten zum 3. Oktober abgehalten. Wenn Sie auf das Land schauen, was sehen Sie da?

Hensel: Offengestanden, so richtig zum Feiern ist mir nicht zumute im Moment. Wir haben, wie Sie es gerade schon beschrieben haben, im Moment eine äußerst gereizte politische Stimmung in diesem Land. Die AfD feiert beste Umfrageergebnisse. Ich kann mich selten daran erinnern, einen derartigen Rechtsruck zu spüren, auch derart politische Debatten und Auseinandersetzungen. – Nein, die Stimmung im Land ist im Moment nicht gut.

Heckmann: Die AfD liegt in Umfragen im Osten über 30 Prozent, aber auch bundesweit wird sie derzeit bei gut 20 Prozent gesehen. Hätten Sie sich das träumen lassen?

Hensel: Nein! Das ist eine Entwicklung, die ich mir nicht hätte vorstellen können. Es ist noch gar nicht so lange her, da sind wir davon ausgegangen, dass die AfD mittlerweile nicht mehr als eine ostdeutsche Regionalpartei sein würde. Im Osten ist sie nie wirklich wieder zurückgegangen. Da war sie immer eigentlich beängstigend hoch, aber nicht 30 Prozent. Wenn sie jetzt beispielsweise in Baden-Württemberg auch 20 Prozent erreicht, dann sieht man, dass der Westen nachzieht, dass der Westen sich offenbar auch in Teilen jetzt so stark radikalisieren will, wie wir es bisher nur aus dem Osten kannten, und das führt über kurz oder lang zu einer Normalisierung dieser Radikalisierung und das schlägt sich dann nieder in genau dem, was Sie erzählt haben. Die Skepsis gegenüber Demokratie, auch Medien wird immer größer werden. Der Druck nimmt zu, auf jeden Fall.

Heckmann: Was ist der Grund aus Ihrer Sicht für diesen großen Zulauf für die AfD und auch für das erodierende Vertrauen in die Demokratie?

Hensel: Wir leben in einer durch Krisen geprägten Zeit. Es ist noch nicht so lange her, da hatten wir die Corona-Pandemie. Ich denke, das hat die Gesellschaft extrem gefordert. Es hat sie auch in Teilen überfordert und müde gemacht. Dann kamen wir aus Corona und es dauerte nicht lange und dann brach der Krieg in der Ukraine aus und das ist ein Krieg, der die Deutschen dann doch auch sehr getroffen hat, weil wir so stark abhängig waren von russischen Energien. Jetzt erleben wir eine Inflation, wir erleben einen Preisanstieg. Ich kann das auch verstehen. Ich kann verstehen, dass es sehr viele Leute gibt, die Sorgen und Nöte haben. Dann haben wir – und das kommt dazu – eine Regierung, anders als lange in der Zeit, als Angela Merkel die Regierung angeführt hat, die relativ viel von dem, was sie sich vorgenommen hat, umsetzt, die auch eine dezidiert grüne Politik macht, sehr viele Reformvorhaben auf den Weg bringt, und ich glaube, das führt zu einer gewissen Reibung.

Heckmann: Es gibt aber auch viel Streit innerhalb der Regierung und das Stichwort Heizungsgesetz zum Beispiel.

Hensel: Genau, es gibt auch viel Streit in der Regierung.

Heckmann: Haben Sie nicht auch den Eindruck oder muss man nicht sagen – Sie sprachen gerade von den Sorgen und Ängsten von Menschen –, dass diese Sorgen, Ängste oder auch Interessen, auch Meinungen vielleicht gar nicht wirklich richtig wahrgenommen werden in der Öffentlichkeit, auch in den Medien?

Hensel: Das Gefühl habe ich gar nicht. Ich habe schon das Gefühl, dass wir sehr stark darüber diskutieren. Aber es ist genau diese Reibung, von der ich sprach. Wir haben eine poröse gereizte Gesellschaft. Wir haben eine Regierung, die doch relativ viel machen will, die sich aber auch intern sehr über die Projekte

streitet, und wir haben aus der Opposition, auch aus dem demokratischen Teilen der Opposition, von der CDU und der CSU, einen stark polarisierenden Ton, der hier in die Debatte kommt, und all das zusammen ergibt dann doch ein relativ teuflisches Gemisch. Das erleben wir kurz vor den Landtagswahlen, vor den wichtigen Landtagswahlen in der nächsten Woche. Deswegen ist die Stimmung im Moment sehr intensiv.

Heckmann: Sie haben die CDU angesprochen. Friedrich Merz hat mehrfach für Irritationen gesorgt, sprach von Asyltouristen bei den Ukraine-Flüchtlingen, wofür er sich anschließend entschuldigte. Er akzeptierte das gemeinsame Abstimmungsverhalten von CDU, FDP und AfD in Thüringen bei der Senkung der Grunderwerbssteuer. Jetzt hat er behauptet, dass sich abgelehnte Asylbewerber beim Zahnarzt die Zähne neu machen ließen, während die Deutschen keinen Termin bekommen. Dabei werden Asylbewerber in den ersten 18 Monaten nur behandelt, wenn es medizinisch notwendig ist, und danach erhalten sie auch keine teuren Kronen, sondern herausnehmbaren Zahnersatz, wenn es notwendig ist. – Merz hat jetzt auf dem Parteitag in Magdeburg (Sachsen-Anhalt) gesagt, es könne nicht sein, dass die Republik Schnappatmung bekommt, wenn er Dinge deutlich anspricht. Sein Generalsekretär Linnemann sagt, die Opposition muss ja zuspitzen, sie muss sagen, was ist.

Hensel: Ja! Sie selber haben es Irritationen genannt. Ich finde schon, es ist ein bisschen mehr. Es sind sehr starke Polarisierungen. Es sind auch Provokationen und es sind Sätze, die das Land spalten.

Ja, eine Opposition muss sich Gehör verschaffen. Ja, eine Opposition ist dafür da, die Arbeit der Bundesregierung zu kritisieren. Aber die CDU arbeitet mit diesen spalterischen Sätzen oder wenn, dann in Untergangsszenarien. Im letzten Jahr hieß es immer, wir würden Blackouts haben. In diesem Jahr wird die ganze Zeit von Deindustrialisierung gesprochen, weil die Wirtschaft im Moment

ein bisschen schwächelt. Ich sehe eine CDU, eine große, starke, stolze demokratische Volkspartei, von der ich doch das Gefühl hatte, dass sie die Stimmung, die ohnehin gereizte Stimmung in diesem Land immer noch ordentlich anheizt.

Heckmann: Aber es ist eine große Frage, ob man es nur dem Kurs der CDU oder der Union zurechnen kann. Wir haben die Regierungsarbeit gerade schon angesprochen, das Heizungsgesetz, aber auch zum Beispiel die Unzufriedenheit mit der Flüchtlingspolitik. Das haben auch die aktuellen Zahlen gezeigt. Die ist massiv in der Bevölkerung. Hat die Regierung da zu spät reagiert und falsch reagiert?

Hensel: Ja, es ist nicht immer nur ein Grund, sondern alles führt zusammen. Die Ministerpräsidenten der Länder weisen seit Monaten daraufhin, dass die Situation in den Kommunen äußerst angespannt ist. Der Bund hat sich immer sehr zurückhaltend verhalten. Er hat nicht die finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt, die die Länder haben wollten, und jetzt erleben wir in dieser Debatte eine Zuspitzung, eine Polarisierung.

Um noch mal auf die Ampel-Regierung zurückzukommen: Wir haben einen Bundeskanzler, der sehr viel ins Werk setzt, der sehr viele Projekte umsetzt, aber der nicht so richtig in Kontakt mit den Deutschen tritt, der zu wenig mit dieser Gesellschaft spricht, und es sind zahlreiche Probleme, die man debattieren muss, wo man Ansagen braucht, wo man ins Gespräch kommen muss mit der Gesellschaft, und das passiert zu wenig für die Fülle an Problemen, die wir haben.

Heckmann: Vielleicht auch bei der Flüchtlingspolitik. Altbundespräsident Joachim Gauck hat dieser Tage gesagt, wir müssten Spielräume entdecken, die

uns zunächst unsympathisch sind, weil sie inhuman klingen. Hat er nicht insofern recht, dass etwas gegen unkontrollierten Zuzug von Flüchtlingen, von Migranten etwas getan werden muss?

Hensel: Ja, ich denke ja. Aber da zeichnet sich ja immer stärker ab, dass es doch einen Konsens zu geben scheint. Auch der Bundeskanzler hat sich gestern ähnlich geäußert. Der Vorsitzende der Grünen, Omid Nouripour, hat etwas ganz Ähnliches gesagt. Da zeichnet sich im Moment auch in Teilen ein überraschender Konsens ab, aber der passiert, wenn die Druckverhältnisse im Prinzip längst zu hoch sind. Ich würde sagen, in dieser Frage reagiert die Politik im Moment zu spät. Die Debatte hat schon sehr stark polarisiert.

Heckmann: 33 Jahre nach der Vereinigung gibt es immer noch gewaltige Unterschiede bei Vermögen, bei Gehältern und Erbschaften. Das hat der Bericht zur deutschen Einheit wieder gezeigt. Aber es gibt auch Fortschritte bei der Lohnangleichung, keine volle Lohnangleichung bisher, aber immerhin es bewegt sich in die Richtung. Die Rente ist mittlerweile angepasst. Das war auch ein wichtiger Meilenstein. Sehen Ostdeutsche manchmal öfter das halbleere Glas als das halbvolle?

Hensel: Wissen Sie, das ist eine uralte Frage. Ich kann zumindest sagen, es gibt beides. Es gibt halbleere Gläser und es gibt halbvolle Gläser. Wir haben immer noch gravierende Vermögens- und Einkommensunterschiede zwischen Ost und West und die traurige Nachricht ist, diese Unterschiede werden auch bleiben. Die Ostdeutschen werden das in absehbarer Zeit nicht aufholen können. Aber ja, es gibt immer und es gab auch in allen Jahren immer positive Entwicklungen. Sie nannten die Rentenangleichung. Was ich als weitaus positiver empfinde ist, dass die Bundesregierung im Moment sehr viel tut, um Industrie im Osten anzusiedeln. Das Bundeswirtschaftsministerium vergibt im Moment sehr viel

staatliche Subventionen, beispielsweise für die Intel-Ansiedlung in Magdeburg, beispielsweise für die Chip-Fabriken in Dresden. Im Moment entsteht – und das hat auch mit der Ansiedlung von Tesla in Brandenburg zu tun – an vielen Orten eine großflächigere Industrie. Bisher hatten wir in Ostdeutschland eher eine kleinteilige Struktur. Jetzt kommen auch Big Player nach Ostdeutschland. Das ist auf jeden Fall eine sehr gute Entwicklung. Die Frage ist, ob der Fachkräftemangel ein bisschen verhindert, dass diese Unternehmen wirklich Arbeitskräfte finden. – Nein, wir haben im Osten immer beides gehabt, von Anfang an Erfolge und Niederlagen, Rückschläge und Fortschritte. Es ist immer eine ambivalente Erzählung gewesen und es ist immer auch eine komplizierte Geschichte gewesen mit diesem Ostdeutschland.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.